

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 20. — Mk. Durch Aussträger 115. — Mk. pro Woche. Durch die Post 30. — Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 435. — Mk. an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach Nr. 310 69. — Fernsprechanruf: Breslau, Ring 3887.

Mittwoch, 27. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 20. — Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5. — Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3. — Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 75. — Mark.

20000 Eisenbahner vor der Entlassung!

Entlassung von 6670 Arbeitern und 13370 Beamten. Verkürzung der Urlaubszeit für alle Beamte.

Zu dem Programm der Regierung Cuno gehört bekanntlich neben der Beseitigung des Achttundentages die sogenannte Rentabilisierung der Staatsbetriebe.

Die Regierung geht nunmehr daran den Worten auch die Taten folgen zu lassen und das Personal der Staatsbetriebe so einzuschränken, daß mit der Beseitigung des Achttundentages auf der ganzen Linie begonnen werden kann.

Bereits Anfang Dezember 22 machte der Hauptbetriebsrat im Reichsverkehrsministerium die Eisenbahnbetriebsräte auf folgende Beobachtungen aufmerksam:

- 1.) Durch die Presse ging die Mitteilung, daß nach dem Etatsentwurf der Reichsbahn für das Jahr 23 der Personalstand von 1032166 auf 972015 gebracht, also um 60151 Köpfe vermindert werden soll.
- 2.) Im 7. Nachtrag zum Haushalt des RVM. sind 3417 Beamtenstellen gestrichen mit der Bestimmung, die zu anderen Ressorts übergetretenen Beamten könnten auf die Streichung angerechnet werden.
- 3.) Aus der Note der deutschen Regierung vom 13. November an die Reparationskommission läßt sich ein derartiger Sturz erkennen.
- 4.) Der Bescheid des RVM. an den ADW. unter E. II. 24 Nr. 16033 vom 9. 11. 1922, wonach mit der Auflösung von Nichtlinien über die unkündbaren Beamten vorläufig zu warten ist.
- 5.) Der Erlaß E. II. 25/90 Nr. 23313, welcher die Einstellung und Uebernahme von Arbeitern regelt.
- 6.) Ein Erlaßentwurf, welcher den Übergang von Arbeitern der BW. auf die HW. regeln soll.

7.) Die Auslegung, welche von einzelnen Direktionen dem Stamarbeitererlaß gegeben wird.

Der geschäftsführende Ausschuss des Hauptbetriebsrats stellte daher dem RVM. folgende Fragen:

- 1.) Was diese Maßnahmen zu bedeuten hätten?
- 2.) Welche Personalpolitik das RVM. für die Zukunft zu betreiben gedenkt?
- 3.) Ob vielleicht eine Entlassungsaktion wie im Frühjahr zu erwarten sei und ob das RVM. beabsichtige, noch mehr wie bisher die Fahrzeug-, Lokomotiv- und Bahnunterhaltung den Privatunternehmern zu übergeben?

Es wurde den Betriebsräten folgende Antwort zerteilt: Es würden augenblicklich Erhebungen angestellt, wie man den Beamtenstand der Reichsbahn verringern könne. Man gehe dabei von folgenden Gesichtspunkten aus:

- a) Ob es möglich ist, die überzähligen Beamten in die Ressorts abzugeben, bei denen ein Mangel an Personal herrscht. (Finanz, Zoll usw.)
- b) Ob es möglich ist, alle Beamten, welche über 60 Jahre alt sind und nicht mehr im Besitze ihrer vollen Leistungsfähigkeit sind, zu pensionieren.

Die neuesten Maßnahmen der Regierung zeigt allen Arbeitern, die sehen und hören können, daß der Kampf gegen das Proletariat auf der ganzen Linie entbrannt ist. Die von der Sozialdemokratie durch Vertrauensvotum unterstützte Regierung wirft sich zur Führerin dieses Kampfes auf.

Das Proletariat nimmt den Fehdehandschuh auf und wird den Kampf zu führen wissen.

und von den faschistischen Sturmtrupps planmäßig vorbereitet. Das Proletariat wird mit seinen letzten Resten und einer maßlos verschärften Ausbeutung das Gelingen der Pläne der faschistischen Ausbeutergarden bezahlen müssen.

Hiller bestätigte das in seiner Rede bei der hafenkreuzerischen Weihnachtsfeier, als er besonders zur „inneren Reinigung“ aufforderte und die Jugend zum Kampfe gegen die Arbeiterklasse aufforderte, „genau wie die jungen Regimenter 1914 in Flandern ihre Brust den tödlichen Kugeln boten“.

Gegenüber den militärischen Rüstungen und den von der Industrie bezahlten Sturmabteilungen der Reaktion muß die Gegenwehr der Arbeiterklasse sich die Formationen schaffen, in denen die Arbeiter aller Richtungen geschlossen marschieren, um den faschistischen Feind niederzuschlagen und künftig seine Terrorzüge zu verhindern.

Der letzte Akt in Lausanne.

Die letzten Berichte von der Orientkonferenz in Lausanne melden, daß dort die friedliche Stimmung vorherrscht, wenigstens was die Entente und die Türkei betrifft. Es soll ein Kompromiß in der Meerengen-Frage in Arbeit sein, das in allen wesentlichen den Wünschen der Engländer entspricht. Die Engländer konnten die Definition der Meeresstraßen erzwingen, weil sie in dieser Frage die Franzosen und Amerikaner an ihrer Seite haben. Das ist überaus lehrreich für das Weltproletariat. Es zeigt, daß die wächtlichen Großmächte, so friedlich sie sich auch gegenwärtig über Sowjetrußland verhalten, doch sich alle Möglichkeiten vorbehalten wollen. Man will, wenn es an der Zeit ist, durch die unbesetzte Dardanellenstraße ins Schwarze Meer vorstoßen.

Indessen ist dieser Sieg der englischen Regierung selbst wenn er sich bestätigen sollte, äußerst problematischer Natur. Denn wenn nicht alles täuscht, wird England zum Entgelt für dieses Zugeständnis schwere Opfer in Mesopotamien bringen müssen. Die Mosulfrage (Petroleumfrage) ist wieder aufgetaucht. Die Türken haben ihre Ansprüche auf das dortige viel umstrittene Petroleumgebiet erneuert. Und in dieser Frage ist die Mächtegruppierung eine ganz andere. Die Engländer so wenig wie die Amerikaner wollen es dulden, daß die englischen Kapitalisten Monopolrechte in den Petroleumfeldern ausüben. Es hat in Lausanne ein Notenwechsel zwischen der englischen und türkischen Delegation über Mosul stattgefunden. Die Engländer sind dabei äußerst bescheiden geworden. Sie suchen mit eingehenden Darlegungen zu beweisen, daß der türkische Anspruch auf die Bezirke Mosul, Kirkuk und Sulaimaniye un begründet sei. Aber die Türken geben sich damit nicht zufrieden. Nach den neuesten Meldungen aus Lausanne rechnet man ersthaft mit englischen Zugeständnissen. Die englische Regierung hat bereits eine Grenzverpflichtung in Mesopotamien vorgeschlagen. Aber sie wird noch mehr geben müssen.

Die Türkei soll bereit sein, in den Völkerbund einzutreten. Das geschieht nicht, weil die türkische Regierung sich über den Charakter dieses Räuberbundes irgendwelche Illusionen macht. Aber England hat das Mandat über Mosul vom Völkerbund erhalten. Darum kann auch nur ein Völkerbundsbeschluß die Engländer mit edligem Anstand aus Mosul hinausmandrieren. Die Türkei geht in den Völkerbund, um dort an der Seite Frankreichs die Intrigen gegen die Engländer fortsetzen zu können. Der Völkerbund ist wesentlich ein Instrument der französischen Politik und so dürften die Engländer bei einer bevorstehenden Mosul-Entscheidung des Völkerbundes ebenso den Kürzeren ziehen wie bei der Oberschlesien Entscheidung.

Der Rückzug der Engländer aus Mosul, der jetzt eine ernsthafteste Wahrscheinlichkeit geworden ist, muß aber bedeutende Folgen nach sich ziehen. Es läßt sich dann auch die englische Herrschaft in Irak nicht aufrechterhalten. Der Operettenkönig Feisal, den nur noch die englischen Fliegerbomben in Bagdad sichern, wird verschwinden. England würde mit der Räumung Mesopotamiens nicht nur die politische Macht über die dortigen Petroleumfelder, sondern auch die wichtige Zwischenstation für den direkten Flugdienst Ägypten-Indien verlieren. Wer sich dessen bewußt ist, welche Rolle die Verbindungsstrahlen des Britischen Weltreichs für die englische Politik spielen, kann die Größe dieses Opfers ermessen.

Die Türken handeln in Lausanne nach dem Grundged, daß sie dort vorstoßen, wo der gegnerische Widerstand am geringsten ist. Zugleich in den Dardanellen und in Mosul zu siegen konnten sie nicht hoffen. So haben sie zunächst in der Konstantinopeler Frage nachgegeben, um die Engländer aus Mosul und darüber hinaus aus Mesopotamien zu entfernen. Dann werden die Türken Zeit haben, auch die Lausanner Beschlüsse über die Dardanellen zu revidieren. Sowjetrußland wird eine besorgsamere Aufmerksamkeit in englischen Sinne niemals anerkennen, sondern die nötigen Maßnahmen treffen, um sich gegen Befugnisse der britischen Flotte in Ostasien und an der Küste zu sichern. Für das Proletariat Deutschlands bedeutet eine solche Lausanner Lösung ebenfalls verheerende Gefahren. Denn England wird für seinen Erfolg an

Die militärischen Rüstungen der Faschisten.

Unser Münchener Mitarbeiter schreibt uns:

Der faschistische Teil der bayerischen Konterrevolution hat die letzten Monate benützt, um seine Macht in straff militärische Formationen zu organisieren. Wir sind in der Lage, folgendes Schreiben des Bundes „Treu-Oberland“ wiederzugeben, das klar den Charakter der konterrevolutionären Formationen und ihre Gefährlichkeit für das Proletariat aufzeigt:

Bund Treu-Oberland. 2. Erntedankfest. Lieber Kamerad!

Wüsste Ihnen mitteilen, daß Sie im Aufzugszuge meinem Zug zugeteilt sind. Wenn es Ihnen möglich ist, bejuchen Sie die am 15. Dezember 1922 stattfindende Deutsche Weihnachtsfeier und können bei dieser Gelegenheit und kennen lernen

Mit treudeutschem Gruß Ihr Zugführer: Weinbrecht.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht außerdem eine Anweisung der Organisation „Kohlbach“, die im Reich verboten ist, aber sich in Bayern ihres ungehörigen Wirkens erfreut. Die Anweisung ist vom 12. Dezember datiert und gewährt den besten Einblick in die Organisierung der militärischen Kräfte der bayerischen Konterrevolutionäre:

Die „Münchener Post“ veröffentlicht außerdem eine Anweisung der Organisation „Kohlbach“, die im Reich verboten ist, aber sich in Bayern ihres ungehörigen Wirkens erfreut. Die Anweisung ist vom 12. Dezember datiert und gewährt den besten Einblick in die Organisierung der militärischen Kräfte der bayerischen Konterrevolutionäre:

Besondere Anordnungen 2:

1. Ich spreche allen Leuten, die am 10. Dezember bei der Alarmierung im Salvatorstiller beteiligt waren, für ihr tadelloses Verhalten meine vollste Anerkennung aus. Außerdem ich allen Leuten für den Eifer, den sie beim Exercieren in Oern an den Tag gelegt haben.

2. Mittwoch, den 13. Dezember, finden in München acht große Versammlungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt. Die 20. Hundertschaft (Kohlbach) bildet mit den auswärtigen Hundertschaften (Freilung, Landshut, Eßling usw.)

die Bereitschaftsabteilung und steht dem Führer der SZ zur besonderen Verfügung bereit. Treffpunkt: 6 Uhr 30 abends im Restaurant Gärtnerplatztheater, Frauenhoferstraße 15. Anzug: Kurze Hose, Mütze, Giletstreifenbunde (K-Brille in der Tasche) und Wimpel. Nachdem am gleichen Tage fünf große Versammlungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei stattfinden, glaube ich nicht, auf die Wichtigkeit des Erscheinens jedes einzelnen hinweisen zu müssen.

3. Freitag, den 15. Dezember ist die Kompanie bei der bevorstehenden „Reichsflagge“ eingeladen. Treffpunkt 8 Uhr am Löwenbräueller (Stiglmaierplatz).

4. Am Mittwoch wird alles Nähere für die Weihnachtsfeier bekanntgegeben.

5. Ebenso sind an diesem Tage die gemäß Verordnung 1 von den Offizieren anzulegenden Präsenzbücher dem Schriftführer vorzulegen.

Die Leitung der Sturmabteilung der Nationalsozialisten hatte für den vergangenen Sonnabend eine Kontröllerversammlung ihrer gesamten Sturmabteilung in den Festsaal des „Hofbräuhauses“ einberufen. Hitler hielt vor seinen Sturmtruppieren, im neuen Anzug modernsten Schnittes, eine Heftrede, aus der hervorging, daß er mit der Niederlage seiner Sturmabteilung in Württemberg höchst unzufrieden ist. Er verlangte, daß die Sturmtruppier in Zukunft „vor sich den Feind, der niedergeschlagen werden müsse“, sehen dürften. Unter brausendem Jubel forderte er zum **Wort der Arbeiterführer und Funktionäre der proletarischen Parteien auf, als er empfahl, „jeder muß sich ein Notizbuch anlegen, in das die politischen Gegner einzutragen sind, damit am Tage des Sieges Raub genommen werden kann“.**

Die Demonstration, die am Sonntag nachmittag in München stattfand, sollte nach Hitlers Ausspruch der Arbeiterklasse zeigen, daß die Nationalsozialisten die Herren der Lage sind. Bei der Demonstration marschierte der Zug mit 18 Hakenkreuzfahnen, drei kaiserlichen Marinekriegsflaggen und dem schwarzen Kohlbachwimpel. Die Behörden waren nach den Instruktionen des Leutnants Klinghüb, militärischer Führer der Sturmabteilung, mit der Demonstration einverstanden, und der Landtagspräsident hatte die Zustimmung für den Landtagsbereich gegeben. So wird in Bayern der Werd der Republik durch die republikanischen Behörden geduldet

den Dardanellen auch mit Zugeständnissen in der Reparationsfrage zahlen müssen und Poincaré wird im Januar gegen Deutschland freie Hand haben.

Eine Erklärung Tschitscherins über Lausanne.

Sowjetrußland wird den Vertrag nicht unterzeichnen. Tschitscherin erklärte auf die Frage des Berichterstatters der Daily News: In Lausanne, ob er den Lausanner Vertrag auf keinen Fall unterzeichnen werde: Natürlich nicht! Die Art, wie die Verhandlungen der Konferenz geführt worden seien, sei eine Unfreundlichkeit gegenüber Rußland. Die aggressive Haltung der Alliierten gegenüber Rußland sei während der ganzen Zeit beibehalten worden. Solange man auf dem System bestesse, welches die britische Regierung in diesem Vertrag zu errichten suche, sehe er keine Möglichkeit zu irgend einer ernstlichen Annäherung zwischen den beiden Ländern. Zum Schluß gab Tschitscherin der Forderung nach Anerkennung der bolschewistischen Regierung Ausdruck.

Politische Rundschau.

Guno für „Ausbau“ der Ueberbrückten.

In einer Antwort der deutschen Regierung auf die französische Anschuldigung, daß die Zechenbesitzer absichtlich die Kohlenproduktion niedrig halten, heißt es:

„Die Ueberbrückten sind auf ausdrückliche Veranlassung der Bergarbeitergewerkschaften für die Zeit vom 18. Dezember bis 15. Januar ausgezehrt worden. Die Reichsregierung ebenso wie das Kohlen Syndikat und die Zechenbesitzer haben vergeblich versucht, das Aufhören der Ueberbrückten zu verhindern. Sie strebt im Gegenteil nach einem weiteren Ausbau der Ueberbrückten, schon um zu vermeiden, daß die eigenen Betriebe, wie bisher, im großen Umfange ausländische Kohlen kaufen müssen.“

Die Bergarbeiter sehen also, wohin die Reise geht. Sie sollen noch mehr als acht Stunden arbeiten. Das ist der Dank für ihre zeitweilige Aufgabe der Siebenstundentage. Die einzige Abwehr gegen die wachsende Frechheit der Unternehmer ist Aufhören mit jeder Ueberarbeit.

Kommunistische Wahlerfolge in Württemberg.

Aus Württemberg kommen Nachrichten über kommunistische Erfolge bei den Gemeinderatswahlen, die jetzt an mehreren Sonntagen hintereinander stattfinden. In Feuerbach erhielt die KPD 11174 Stimmen und gewann ein Mandat, während die USPD 3 Sitze verlor. In Riederich erhielt die kommunistische Liste 417 Stimmen, die der bürgerlichen 870. In Dettingen, wo eine kommunistische Ortsgruppe noch nicht besteht, wurde trotzdem ein Kommunist gewählt, während der Vorsitzende der rechtssozialistischen Ortsgruppe unterlag. In Dellingingen verlor die USPD einen Sitz und uniere Partei, die sich zum ersten Male an der Wahl beteiligte, eroberte mit 203 Stimmen ein Mandat. Alle Meldungen bestätigen den Eindruck einer gewaltigen Niederlage der USPD, und eines großen Erfolges der kommunistischen Partei in Württemberg.

Durch Mussolini zur Seligkeit.

Mit besonderer Genugtuung berichtet das deutsche Stinnes-Organe über das Sparprogramm Mussolinis, demzufolge bei den Eisenbahnen 40- bis 50000 Beamte entlassen, die Pensionen verkürzt und der Achtstundentag abgelehnt werden soll. Mit ungewöhnlicher Gier nach einem deutschen Mussolini, der hier ein ähnliches Programm durchführt und die Eisenbahnen dann um einen Bappenstiel an Stinnes übergeben könnte, hofft die „DZ.“ auf ein „rückwärtsloses Durchgreifen“ — in Italien.

Eröffnung des Moskauer Sowjets.

Der neugewählte Moskauer Sowjet, der aus 1526 Kommunisten und 116 Parteilosern besteht, hat in feierlicher Eröffnungssitzung K a n n e n e wieder zum Vorsitzenden und etwa 20 ausländische Kommunisten zu Ehrenmitgliedern gewählt. Außer Begrüßungsschreiben an Lenin und die Dritte Internationale wurde der Text eines Aufrufes an die Werktätigen der ganzen Welt angenommen, in welchem diese zur Bildung einer Einheitsfront und zum entschlossenen Kampf mit dem Weltkapital, ohne offene oder verbüllte Kompromisse, aufgefordert werden. Es wurde auch ein Telegramm an Tschitscherin nach Lausanne abgesandt, worin er in seinem Kampfe für die Interessen Sowjetrußlands der Unterstützung Moskaus versichert wird.

Mit Bomben und Maschinengewehren.

Aus der englischen Demokratie.

Einem Telegramm aus Bombay zufolge haben 16 englische Militärflieger eine Strafexpedition gegen rebellische Dörfer unternommen in der Gegend von Ahmed. Die Rebellen wurden völlig überrascht mit Bomben und Maschinengewehrfeuer angegriffen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist sehr groß.

Eine Abfuhr der 2. Internationale in Kanada.

Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, sollte hier auf Einladung der Gewerkschaftsführer vor einer Arbeiterversammlung sprechen. Die in Massen erschienenen Arbeiter ließen ihn aber fast gar nicht zu Wort kommen, indem sie in ihren Zwischenrufen ihn als Renegaten und Stütze des kapitalistischen Systems bezeichneten.

Die faizistischen Söldlinge des Kapitals.

Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ macht nähere Angaben über die Finanzierung der bayerischen Faschisten durch Unternehmergruppen. Sie schreibt u. a.:

„Es ist so, wie wir in unseren Fragen angedeutet haben. Herr Dr. Kuhlö hat neben einigen anderen prominenten Mitgliedern des Bayerischen Industriellen-Verbandes Herrn Hitler sehr namhafte Summen zur Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei gegeben. Herr Dr. Kuhlö hat in den Kreisen des Industriellen-Verbandes Gelder für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gemorben. Herr Dr. Kuhlö hat mit Hitler persönlich verhandelt, um die Nationalsozialisten als Schutztruppe für gewisse Unternehmerkreise zu gewinnen. Das sind Tatsachen, die nicht widerlegt werden können und für die Zeugen von absoluter Zuverlässigkeit zur Verfügung stehen.“

Dem Proletariat Oberschlesiens vor allem muß gesagt werden, daß die Nationalsozialisten Bayerns daselbst sind wie die Großdeutsche Arbeiterpartei in Preußen. Da nämlich für Preußen die „Nationalsozialistische“ Partei verboten ist, nennt sich diese Organisation in Preußen „großdeutsche Arbeiterpartei“.

Daß ihr kein Arbeiter, Angestellter oder Beamte angehören darf, das gilt es allen indifferenten oder bereits eingetragenen klar zu machen.

Genossen werbt neue Abonnenten

Die Bäume draußen im Garten schüttelten in einem fort ihre Äste, und es war dunkel, als hätte er sich losgerissen von der Erde, als schwebte er irgendwo dort draußen im kalten Nimmerdasein dahin.

„Ist das Schicksal? Wollen Sie Tee trinken?“ ließ sich die laute Stimme der Wirtin vernehmen.

„Nein...“ lautete Ijas Antwort.

Durch das Fenster drang das feierliche Läuten einer Glocke; der tief, weiche Ton verlegte das Fenster in Schwingungen, und es erzitterte kaum hörbar. Ija befreute sich, erzwang sich, daß er schon lange nicht in der Kirche gewesen, und benutzte die Gelegenheit, das Haus zu verlassen.

„Ich gehe zur Abendandacht“, rief er seiner Wirtin zu, als er fortging.

Tatjana Blahjewa stand in der Tür, stützte sich mit den Händen gegen den Türpfosten und sah ihn neugierig an. Ihr forschender Blick legte Ija in Verwirrung, und sich gleichsam vor ihr zurückhaltend, sagte er:

„Bin schon lange nicht in der Kirche gewesen.“

„Sag, ich will den Gewand zu neuem Ihr bereitstellen“, bot sie an.

Auf dem Wege nach der Kirche dachte Iwan an den jungen Ananin. Ija kannte ihn: er war ein reicher Kaufmann, Wirtshaber der Südherrnstadt „Gebirger Ananin“ — ein blonder, magerer junger Mann mit blasser Gesichtsfarbe und klaren Augen. Er war erst vor kurzem in die Stadt gezogen und führte ein Leben auf großem Fuße.

„Das nennt ich leben“, dachte Ija bitter. „Wie ein junger Hahn treibt er es: kann ich er flüchte geworden, so kann er sich auch schon ein Häubchen.“

Er betrat die Kirche in ärgerlicher Stimmung und stellte sich in einer dunklen Ecke, in der die Leiter zum Aufgange des Kirchenschiffes stand.

„Herr erbarme dich!“ sang man aus dem linken Kirchenschiff. Ein Chorleiter sang mit einer unangenehmen, klirrenden Stimme, die sich nicht heilern ließ, bis er endlich verstummte. Dieser unheimliche Gesang verdrängte Ija noch mehr die Bäume und erzogte in ihm den Wunsch, den Jungen bei den Eltern zu nehmen. Der geheiligte Ort vertrat eine harte Seite in dem Wandel. Es war noch verbotener Empfinden. Ganz alle Frau in einer Saloppe trat an Ija heran, sah ihn aus Gesicht und sprach grüßend.

„Sie haben da nicht an Herrn Ija, mein Herr.“ Ija betrachtete den Jungen über seinen Saloppe, der mit hochgehobenen Händen den Kopf schüttelte, und trat schweigend zur Seite, wobei er dachte:

„Ach, auch in der Kirche haben die Kompanie ihre besonderen Pläne.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Sinnes und der französische Erbfeind.

Der „Gclair“ teilt auf Grund der Informationen einer seiner Freunde mit, daß eine große französische Industrie-Gruppe in Unterhandlungen mit Vertretern von Hugo Stinnes getreten ist, um einen Stahltrust zu gründen, der noch bedeutend stärker wäre als der amerikanische Stahltrust. Stinnes sei der Ansicht, daß ähnliche Trusts noch zwischen anderen französischen und deutschen Industrie-Gruppen gegründet werden sollten, besonders für Kali und Kunststoffe.

Zunehmende Arbeitslosigkeit — Aufhebung des Achtstundentages.

Das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz beurteilt die Lage dahin, daß die Fundamente des Arbeitsmarktes immer schwächer und unsicherer werden. Nur durch mühsames Variieren konnte eine weitere allgemeine Verschärfung der Arbeitslosigkeit vermieden werden. Zahlreiche Fertigwaren haben die Weltmarktpreise überschritten, Auslandsgeschäfte werden verlustbringend.

Das Arbeitsamt der Stadt Aachen teilt mit, daß sich in der vergangenen Woche die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch mehr verschlechtert habe. In der Textil- und Tabakindustrie wurden weitere Arbeitszeitverkürzungen, ebenso Entlassungen vorgenommen. Außerdem sind Buchbinder, Seher und Drahter sowie Anstreicher ohne Arbeit.

In Leverkusen ist der Neunhunderttag eingeführt; in den Höchster Farbwerken wird mit Einverständnis der Direktoren des Fabrikarbeitersverbandes täglich 10 bis 12 Stunden gearbeitet. In einer Frankfurter Großfabrik werden wöchentlich 9000 Ueberstunden geleistet. Bei Innehaltung des Achtstundentages könnten hier fast 200 Angestellte mehr eingestellt werden.

Ein Ziegelstein 30 Mark.

Der Mädlische Ziegeleibehring hat den Preis für Mauersteine ab West auf 27,101 Mark festgelegt. Dieser Preis gilt für den Großhandel und hat Gültigkeit nur bis zum 15. Dezember. Dann soll eine neue Preisberechnung wirksam werden. Nach dem jetzigen Preis kostet ein Ziegelstein, wenn er an den Verbraucher kommt, schon mindestens 30 Mark. Das ist das 2000fache des Vorkriegspreises.

Siebenfache Steigerung der Holzpreise.

Die Industrie- und Handelszeitung Nr. 281 berichtet:

Die Rohholzpreise nehmen eine Entwicklung, die für das gesamte deutsche Holzgewerbe geradezu katastrophale Wirkung haben kann. Rohholz, das wir in der Vorkriegszeit, etwa im Juli 1914 als Wald je Festmeter 17 Mk. brachte, wurde vor einigen Tagen in einem Holzverkauf des Zweckverbandes Groß-Berlin mit rund 120 000 Mark, das heißt zum 7000fachen des Goldpreises verkauft. In Mülhausen (Ehringen) brachte Rotbuche, die von namhaften Firmen des Holzgewerbes gekauft wurde, noch wesentlich mehr. Derartige Holzpreise führen nicht nur zur Entroffnung der Zeitungen, sondern zur Stilllegung der Holzindustrie, zur Massenarbeitslosigkeit.

Verständigung zwischen den Besitzern der polnischen und deutschen Stahlwerke.

Die B. A. T. (Polnische Telegraphen-Agentur) meldet:

„Die bisher in der ober-schlesischen Arbeiter-Vereinigung zusammengeschlossenen Stahlwerke sind am 9. November d. J. zu einer grundsätzlichen Verständigung gelangt, durch die das Verhältnis der polnischen und deutsch-oberschlesischen Werke zueinander geordnet wurde. Diese Verständigung wurde in einer zu Gleinowitz unter Teilnahme der beteiligten Händlerrfirmen geführten Verhandlung dadurch ausgebaut, daß auch unter den Händlerrgruppen eine Einigung über alle schwebenden Fragen erzielt wurde.“

Die Unternehmer, die keine nationalen Grenzen kennen, reichen sich die Hände, wenn sie dadurch ihren Profit erhöhen können.

Die Arbeiter Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens müssen daraus lernen und sich über alle Grenzen hinweg die Hände reichen zum Kampfe gegen Hunger, Elend und Not, zum Kampf um eine bessere Zukunft.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

„Ija las den Brief und sah die Lippen zittern, daß sie ihn schmerzten. Er las ihn immer und immer wieder. Und je öfter er den Brief las, desto besser gefiel er ihm — es war ihm zugleich schmerzhaft und angenehm, die einfachen, mit ungeschicklichen, großen Buchstaben geschriebenen Worte zu lesen. Früher hatte Ija sich nicht weiter darüber nachgedacht, von welcher Art das Gefühl war, das dieses Weib für ihn empfand, jetzt aber schien es ihm, daß Olympiada ihn fand und beständig geliebt hatte, und als er ihren Brief las, fühlte er eine tiefe Befriedigung in seinem Herzen. Aber diese Befriedigung machte allmählich dem Bewußtsein von dem Verlust eines warmen Weibes Platz, und der Gedanke, daß er nun niemand haben würde, dem er in den bitteren Stunden des Gramms sein Herz öffnen konnte, drückte ihn nieder. Das Bild dieses Weibes stand lebhaft vor seinen Augen, er erinnerte sich ihrer lebensvollen Gestalt, ihrer verächtlichen Reden, ihrer Scherze, und immer deutlicher empfand er in seiner Brust ein heißes Gefühl des Bedauerns. Er fand mit düsterer Miene am Fenster und schaute in den Garten, und dort in der Dunkelheit, aufstehen ließ die hochwüchsige, und die dünnen, schlaflosen Zweige der Birke schaukelten im Winde hin und her. Hinter der Wand wuzen elegant die Säulen der Orangerie, und Tatjana Blahjewa sang mit ihrem hohen Sopran.“

„Sag, wer da will, im tiefen Meer Den goldenen Bernstein finden.“

Ija hielt den Brief seiner Geliebten in der Hand und dachte:

„Da verführte sie mich immer, daß sie beharrlich sei, und daß ich ihr das Geld gebracht habe. Und doch hat sie mich verlassen. Da noch wohl dieses Geld nicht allzu groß gewesen sein.“

Er schloß sich Kuhlitz vor Olympiada, und Oran und Mülken drückten Köpfe auf seiner Seele.

„Wir los, wir meinen kleines Ding, Sator aus kleinen Gedanken.“

Wozu es hinter der Wand. Dann lauchte der Rosenkranz laut auf, und die Sängerin ließ gleichfalls mit hellen Augen in die Höhe. Herr jedoch schwing sie langsam. Ija fühlte ihre Gegenwart irgendwo in der Höhe, doch mochte er sich nicht rühren, um nach ihr hinzusehen, obwohl er dachte, daß die Zeit zu seinem Zimmer gestaut war. Er konnte gleichsam auf seine eigenen Gedanken, und unbewußt da und fühlte sich verunsichert.

Es war das erste Mal nach Voluektows Ermordung, daß er in einer Kirche war, und als er dessen innward, suchte er unwillkürlich zusammen. Er dachte an seine Sündenschuld und vergaß darüber alles andere, doch schreckte ihn der Gedanke daran nicht mehr, sondern erfüllte ihn nur noch mit Gram und Trauer.

„Herr, erbarme dich!“ flüsterte er, indem er sich befreute Laut und harmonisch erschalle der Gesang des Chores. Die Stimmen der Soprane, die den Text des Liedes klar und deutlich aussprachen, klangen unter der Kuppel wie helles, liebliches Sämen feiner Glöckchen. Die Altstimmen bebten wie eine wohlklingende, straff gespannte Saite, und auf dem Hintergrund ihres ununterbrochenen Schalles, der wie ein Fluß dahinstieß, ätzelten die Sopranen gleich dem Widerschein der Sonne im durchsichtigen Wasserpiegel. Die tiefen, vollen Noten der Basspartie schwebten feierlich durch die Luft, indem sie den Gesang der Kinder gleichsam trugen; von Zeit zu Zeit drangen die schönen, kräftigen Söne des Tenors hindurch, und von neuem erklangen dann laut die Stimmen der Kinder und stiegen in den Dämmerkeim der Kuppel empor, von wo nachdenklich und ernst, mit weißem Gewand angeha, der Allerbester niederblühte und die Betenden mit majestätisch ausgebreiteten Armen segnete. Die Wogen der Söne und der Duft des Weihrauches wallten zu ihm empor und umfluteten ihn, und es war, als ob er mitten in ihnen schwebte und immer höher in die Weite des Hils sich entfernte. Und der Gesang des Chors vereinigete sich gleichsam zu einer einzigen, harmonisch gestimmten Masse von Tönen, die dahinstobte wie eine Wolke in Sonnenuntergang, wenn die Strahlen des stahlenden Tagesgestirns sie rotig und purpurn färben und sie allmählich sich auflöst in Selbstgemäß ihrer eigenen Schönheit.

Als der Gesang verstummte, senkte Ija tief auf. Es war ihm leicht ums Herz, und er fühlte weder Furcht noch Reue, noch selbst jene Seretzhait, die ihn beim Eintritt in die Kirche beunruhigt hatte. Seine Gedanken flüchten immer wieder von seiner Sündenschuld hinweg zu anderen Dingen. Der Gesang hatte gleichsam seine Seele erleuchtet und gereinigt. Er wollte keinen eigenen Empfinden nicht trauern, als er sich so beruhigt und zufrieden fühlte, und er suchte mit Gewalt die Reue in sich zu wecken. Doch es war vergebens.

„Wie wenn jetzt die Wirtin aus Kengier in mein Zimmer geht, dort zu suchen anfängt und das Geld findet?“ ging's ihm plötzlich durch den Kopf.

Er verließ sich seinen Plän, trat aus der Kirche heraus und nahm eine Droschke, um so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Unterwegs quälte jener Gedanke ihn mehr und mehr und verlegte ihn in lebhafteste Erregung.

(Fortsetzung folgt.)

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie beim Streik in der Pfalz.

Die Amsterdamer Pressehege.
Die Lehren des Kampfes.

Der Streik in der Pfalz hat mit erschreckender Klarheit die verräterische, antiproletarische Rolle der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie gezeigt, so daß dem letzten Arbeiter die Binde von den Augen fallen muß. Wenn dank dieser Bürokratie jetzt Hunderte auf der Straße liegen bleiben, wenn die Anilinarbeiter zu den schändlichsten Bedingungen ins Joch kriechen müssen, dann wird wenigstens dies den Anstoß geben zu einem rücksichtslos zu führenden Kampf gegen diese Führerclique.

Der Kampf hat gezeigt, daß die aktiv eingestellten Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, die Haltung ihrer Führer mißbilligen, verurteilen.

Um der jetzt beginnenden Offensive der Amsterdamer Material über die Haltung insbesondere der BSWD, gerüstet gegenüberzutreten, bringen wir das aufwendige und Gewerkschaftspresse und über die Haltung der Gewerkschaftsführer. Dieses Material gilt es, den Verehrern vor die Augen zu halten dort, wo sie es wagen, ihre elende Rolle zu verteidigen.

Nachdem an anderer Stelle über die Grundurachen des Streiks und über den Abbruch desselben berichtet ist, fangen wir an mit der Stellung der menschewistischen Presse zu der Maßregelung der drei Betriebsräte.

Die Belegschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik hatte in einer von 8000 Arbeitern besuchten Betriebsversammlung Delegierte zum Reichs-Betriebsräte-Kongreß bestimmt. Die Direktion warf diese drei Delegierten aufs Pflaster und fand in einer sonst nicht üblichen Schnelligkeit die Sanktion dieses Schrittes durch das Gewerbegericht. Schon am Dienstag, den 29. November, bestätigte das Gewerbegericht die Maßnahme der Firma und verurteilte die Betriebsräte noch zu 12000 Mark Kosten. Am Montag, den 27. November, legte die Belegschaft des Werkes Oppau die Arbeit auf Beschluß von Abteilungsversammlungen nieder. Das Werk Ludwigshafen schloß sich am Dienstag darauf an.

Eine allgemeine Konferenz der Ludwigshafener Gewerkschaftsfunktionäre stellte sich einmütig hinter die Anilinarbeiter und beauftragte die Gewerkschaften mit der Führung des Kampfes: Dieser Kampf dehnte sich aus auf weite Gebiete der Pfalz. Er umfaßte bald 50 000 Arbeiter.

Ein Flugblatt der Gewerkschaftsfunktionäre, das in Wirklichkeit von den Bürokraten herausgegeben war, sabotierte den Beschluß der Konferenz und erklärte:

„Ein wilder Streik, der eine solche Ursache hat, wird auch nie die Billigung und Unterstützung der Gewerkschaften finden. Wir raten Euch zur Besonnenheit, sorgt dafür, daß der Betrieb ungestört seinen Fortgang nimmt. Bei jeder Abstimmung, die in der gegenwärtigen Lage gemacht wird, entscheiden wir uns gegen den Streik.“

Diese von vornherein verräterische Handlung wurde auch nicht gemildert dadurch, daß die menschewistische Presse

die Kapitalisten „verurteilt“.

Es ist pure Heuchelei, wenn der „Vorwärts“ vom 29. November schreibt:

„... so wenig sympathisch uns dieser Betriebsrätekongreß auch war, wir müssen schon sagen, daß es ist nicht Sache der Unternehmer ist, darüber zu bestimmen, zu welchen Tagungen die Arbeiterschaft oder ein Teil derselben Delegierte entsendet, oder gar darüber, ob sie überhaupt irgendwann und irgendwohin einige Vertreter schickt. Die Maßregelung ist jedenfalls ungeschickt und unbedacht.“

Und wenn der „Proletarier“, das feinen Namen zu Unrecht führende Organ des Fabrikarbeiterverbandes in Nr. 49 vom 9. Dezember schreibt:

„daß es die Anilindirektion gar nichts angeht, was zu Arbeiter ihren Uelaud verwenden. Oder glaubt sie, noch Sklaven vor sich zu haben? Haben die Kommunisten verantwortungslos gehandelt, dann die Firma rücksichtslos, wie nur der grausamste Kapitalist es kann.“

Es waren noch keine 24 Stunden seit der „Verteilung“ der Anilindirektion durch den „Vorwärts“ vergangen, als er schon das Schwert gab für die Abwägung des Kampfes.

Als „kommunistische Masche“ sollte der Kampf in den Augen der Arbeiter discreditiert werden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Polizei und die französische Besatzung auf die Streikenden zu hegen. Der „Vorwärts“ vom 30. November 1922, Nr. 279, schrieb:

„Es bestätigt sich immer mehr, daß es sich bei dem Streik um eine kommunistische Masche handelt. Es ist eine Masche nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern vor allem gegen die Gewerkschaften, zu der der wilde Betriebsrätekongreß in Berlin den Anstoß gegeben hat.“

Aber die Arbeiter ließen sich von diesen Verdrehungen nicht irremachen. Der Streik dehnte sich aus, trotz Verweigerung der Streik-, selbst der Arbeitslosenunterstützung. Auf den Appell des Reichsausschusses der Betriebsräte, der unterstützt wurde von der KPD, und der Roten Gewerkschaftsinternationale, kamen Millionen zusammen, gegen alle Sabotage der Amsterdamer Bürokratie.

Unter Berufung auf die „Streikregeln“ tat die Amsterdamer Bürokratie alles, um die Sammlungen zu sabotieren; die Streikenden sollten durch Hunger gezwungen werden. Der DMB. erließ ein Rundschreiben an die Ortsausschüsse und verbot unter Hinweis auf die angenommenen „Streikregeln“ jede Sammlung, weil uns bekannt wurde, daß in allen Teilen Deutschlands versucht wird, durch derartige Sammlungen den Streik in den Badischen Anilin- und Sodafabriken zu finanzieren.“

Die Berliner Gewerkschaftskommission, hauptsächlich unter Führung ehemaliger Unabhängiger stehend, schloß sich dem an mit folgendem Erguß:

„Der Streik in Ludwigshafen, der eine kommunistische Masche ist, hat nicht die Sanktion der Gewerkschaften gefunden und warnen wir darum die organi-

Mit leuchtendem Beispiel voran!

Wie uns die Genossen aus Oppeln berichten, haben die Eisenbahner Oppelus für die Gemäßregelten in Ludwigshafen bisher über 150 000.— Mark gespendet.

Unsere Genossen rechnen damit, daß sie diesen Betrag auf 200 000 werden erhöhen können.

Genossen! Arbeiter! Arbeiterinnen! Folgt dem Beispiel der Eisenbahner Oppelus!

ierte Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins, diesem Aufruf des Reichsausschusses Folge zu leisten... Eine außerhalb der Gewerkschaften stehende Körperschaft hat nicht das Recht, einen Aufruf zur Sammlung zu erlassen.“

Die Behandlung im Rücken der Streikenden. Obwohl die Gewerkschaftsleitungen ablehnten, in die Streikleitung einzutreten, obwohl der „Proletarier“ vom 9. Dezember schrieb:

„daß der Streik ein Wahnsinn sei. Angesichts der Tatsache, daß jeder wußte, die Arbeiter haben in diesem Falle auf jede gewerkschaftliche Unterstützung von vornherein keinen Anspruch.“

Diese Erklärung verhinderte die Gewerkschaftsbürokratie nicht, schon in der ersten Woche Verhandlungen mit den Anilinfabrikanten zu pflegen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen waren die 21 Sklavenbedingungen, war die Anpreisung angeblich erreichter höherer Löhne, war die ohne Zustimmung der Streikleitung angeordnete Urabstimmung. Aber die Urabstimmung für Donnerstag wurde vereitelt durch die Praktiken des Metallarbeiterverbandes, der seine Mitglieder so schnell als möglich in den Betrieb haben wollte, um die Schäden der aufgehobenen Notstandsarbeiten zu beheben. Diesem Diktat der Metallarbeiterbongen ist es zu verdanken, daß der Streik, der geschlossen begann, nicht ebenso beendet wurde.

Die Rolle des Deutschen Metallarbeiterverbandes verdient aber auch in anderer Beziehung hervorgehoben zu werden. Der DMB. muß auf Grund des § 10, Abs. 5 seines Statuts Arbeitslosenunterstützung bezahlen auch dann, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge eines Streikes ist. Dieser Bruch des Statuts ist um so verwerflicher, als Ditzmann und Reichel auf der zweiten Sitzung des Ausschusses des DMB. am 1. Oktober 1922 die schärfsten Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der dort angenommenen „Streikregeln“ vorbrachten und die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung auch bei nicht-genehmigten Streiks nach wie vor für den DMB. in Anspruch nahmen.

Nachdem Leipart auf dieser Sitzung die Verhältnisse im DMB. wie folgt schilderte:

„Bei den Metallarbeitern besteht die Einrichtung, bei nicht genehmigten Streiks Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Eine solche Regelung ist unmöglich als glücklich zu bezeichnen“,

erklärte Reichel:

„Wir haben den Begriff der selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit in unserer Satzung nicht, wir können demzufolge die Arbeitslosenunterstützung nicht verweigern und müssen erst einen solchen Beschluß aufnehmen.“

Robert Ditzmann unterstrich die Ausführungen Reichels, indem er sagte:

„Es gibt Streiks, die wir nicht genehmigen können, wo wir uns gern mit der Arbeitslosenunterstützung helfen. Nun wird betont, wir könnten unserem Verbandstag eine entsprechende Vorlage machen. Wir kennen aber die Einstellung unserer Kollegen und haben gar keine Lust, uns mit dieser Frage unnötige Schwierigkeiten zu bereiten.“

Die den Erklärungen der beiden Vorsitzenden entgegengeetzte Haltung des Hauptvorstandes stellt die Bürokratie des DMB. in eine Reihe mit der der anderen Verbände.

Die Masche des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Streik ist zu Ende. Hunderte bleiben auf der Straße. Schon jetzt melden sich die Masche, die den Erfolg ihrer Schäftigkeit auf andere abzuwälzen versuchen. Der „Proletarier“ schrieb schon, als der Streik auf der Höhe stehend, abgewürgt werden sollte, durch die 12 Sklavenbedingungen, folgendes:

„Vor allem aber verdammt die Firma diesen Erfolg der kommunistischen Partei, die der Arbeiterschaft vorgeschwindelt hat. Ihr braucht nur zu wollen und Ihr habt den Erfolg. Wir behaupten: Die kommunistische Partei hat im voraus mit dieser Niederlage gerechnet, hat sie gewünscht, um durch die Verelendung der Arbeiterschaft endlich zur ersehnten Weltrevolution (!) zu kommen.“

Die kommunistische Partei bekennt mit Stolz, daß sie alles getan hat, um den Arbeitern in der Pfalz zum Siege zu verhelfen. Sie wird als einzige Arbeiterpartei immer auf der Seite des kämpfenden Proletariats stehen und die Arbeiter werden erkennen, daß sie recht beraten sind.

Sozialdemokratische Arbeiter erkennen den Verrat ihrer Führer“.

Die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie, der Verrat an die Unternehmer, die Sabotage selbst der Sammelaktion hat die Empörung weiter, von uns und der Betriebsrätebewegung noch nicht erfahreter Massen, insbesondere sozialdemokratischer Arbeiter, hervorgerufen:

Die „Gothaische Volkszeitung“ vom 13. Dezember schreibt:

„In der letzten Sitzung des Landesausschusses der Reichsbetriebsräte erklärte der Delegierte der Nordhäuser Betriebsräte John (BSPD.) wörtlich: Unser Blatt, die „Nordhäuser Volkszeitung“, schrieb nach der Maßregelung unserer Ludwigshafener Genossen in fetten Buchstaben, daß die Gewerkschaften jetzt wieder gut seien, die ersten Opfer des Reichs-Betriebsrätekongresses zu unterstützen. Das kennzeichnet ganz die Einstellung dieser Zeitung. Gleich mir gibt es viele Genossen in der BSWD., die es ehrlich meinen mit ihrer Partei und der Bewegung, die dieses Verhalten auf das Schärfste verurteilen. Ich nahm das Blatt und ging damit zu meinem Kollegen Reuß und wir waren alle der Meinung, daß, wenn von unseren eigenen Genossen unsere Sache so abgemurkst wird, dann ist das für uns alte Kämpfer einfach haarsträubend und unfähbar. Wenn's so weiter geht, bestellen wir das Blatt ab.“

Die Abrechnung beginnt.

Der Kampf in Ludwigshafen hat die Arbeiter wachgerüttelt und wird sie wachhalten zu der Abrechnung, die gehalten werden muß mit den verräterischen Führern. Die in ihrer übergroßen Mehrzahl gewiß nicht kommunistisch eingestellten Ludwigshafener Arbeiter haben mit dieser Abrechnung begonnen.

Der „Klassenkampf“ vom 20. Dezember weiß zu melden:

„In einer Funktionärerversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer in Ludwigshafen am Sonntag wurde die Ortsverwaltung und die Beamten abgelehnt und neue gewählt. Dieses Beispiel zeigt, daß die Ludwigshafener Arbeiterschaft den Wert der Gewerkschaften kennt und nicht daran denkt, ihnen den Rücken zu kehren, sondern daß sie innerhalb der Verbände Remeur schaffen will.“

Dieses Vorgehen, innerhalb der Verbände Ordnung zu schaffen, die Bürokraten zum Teufel zu jagen, Kollegen, die gewillt sind, mit der Masse und in ihrem Auftrage zu handeln, an deren Stelle zu setzen, gilt es zu erweitern, gilt es zielklar fortzusetzen.

Für die Gemäßregelten in Ludwigshafen.

Opfermut der Arbeiter der Städt. Elektrizitätswerke (Berlin). Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke haben bis jetzt für die Ludwigshafener Arbeiter 94 300 Mark abgeführt. Ein leuchtendes Beispiel proletarischer Solidarität.

Internationale Arbeiterolidarität.

In M e h fand eine von unserer französischen Bruderpartei einberufene Massendemonstration statt, an der 10 000 Arbeiter teilnahmen. Für die Streikenden in Ludwigshafen wurden im Demonstrationzuge 300 000 Mark gesammelt.

In S t r a ß b u r g sind bei den Roten Gewerkschaften 650 000 Mark für Ludwigshafen eingegangen.

Spenden der Arbeiterschaft Schlesiens.

Weitere Kampfgeher gingen ein:
Breslau: Zentralverband der Glasarbeiter, Bahnhofsung-
lan, 13 000 M., Kollege Josef Raizer (Altmasser), Porzellanfabrik
S. Eilsh 12 000 M., Kollege W. Grünner (Reichenbach i. Schl.)
500 M., Kollege Joseph Rager (Petersdorf i. Schl.) 69 500 M.
B r e s l a u: Kollege Engel (Ratofferebetrieb Wilsing) 3200 M.
Kollege Jgel (auf Bitte 4432) 2100 M., Kollegen der Firma Dorn-
dorf (ohne Bitte) 295 M., Technisches Personal (Städt. Straßenbahn)
Bahnhof 1 2490 M., insgesamt 108 175 M.
Sammelt unermüdet weiter für die gemäßregelten Kollegen.
Alle Gelder sind zu richten an Kollegen Paul
Abelt, Breslau, Bellafelstraße 6, 2. St.

Aus der Partei.

Ortsgruppe Breslau.

Bericht des Genossen Delsner über den 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen.

In der am 22. Dezember im den Subertus-Hallen abgehaltenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau der KPD gab Genosse Delsner den Bericht über den vierten Weltkongress in Moskau.

Der Referent, der mehrere Wochen in Russland war, entwarf eingehend seine Ausführungen ein feilschendes Bild aus dem Sowjetstaat. Er schilderte das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben in Russland und betonte, daß sich die Lebenshaltung des russischen Proletariats im Aufstieg befinde. Während vor Beginn der neuen ökonomischen Politik die Bauern in einigen Gegenden unzufrieden gewesen waren, sind sie jetzt zufrieden und stehen hinter der Sowjetregierung. Die Sowjetmacht stehe fester als je.

Genosse Delsner verpflüchte ferner das menschewistische Märchen von dem kapitalistisch gewordenen Russland. Wohl habe Russland um seine Wirtschaft aufbauen zu können, gewisse Konzessionen machen müssen, aber immer noch sind die Arbeiter die Herren des Landes und alle Kommandostellen befinden sich in den Händen der Sowjetmacht. Grund und Boden gehöre nach wie vor dem Staat. Auch die gesamte Schwerindustrie ist staatlich. In der leichten Industrie arbeiten 225 000 Arbeiter in den Staatsbetrieben und nur 40 000 in der Privatindustrie.

Im Handel sind 70 Prozent der Angestellten und Arbeiter in Staatsbetrieben und 30 Prozent in Privatbetrieben tätig.

Dort, wo man den Privatkapitalisten Konzessionen gemacht habe, profitierte zu einem Drittel das ausländische Kapital, zu einem Drittel der Sowjetstaat und zu einem Drittel die russischen Arbeiter.

Überall in Russland ist Aufschwung und neues Leben sichtbar, nirgends sei die Bunttätigkeit so stark wie in Moskau.

Im zweiten Teil beschloß sich Genosse Delsner mit den Beratungen und Beschlüssen des Kongresses. Der Kongress habe sich mit der Lage der kommunistischen Partei in allen Ländern befaßt. Ausführlich wurde die Lage in der französischen Partei behandelt. Die französischen Genossen hätten sich bisher zu passiv verhalten, sie haben die Parole der Einheitsfront zwar angenommen, aber zu wenig getan, um diese Parole durchzuführen und an die Massen heranzuführen. Einige Führer der französischen Partei, die noch Mitglieder von Freimaurerlogen sind, wurde aufgegeben, diese Verbindung schnellstens zu lösen oder aus der kommunistischen Partei auszutreten.

Der Kongress befaßte sich ferner mit den Differenzen in der kommunistischen Partei und der von Dr. Weidauer geführten Opposition. Der Kongress billigte die politische Haltung der kommunistischen Partei in der Tscheko-Slowakei und rechnete mit der Opposition, in der anarchistische Tendenzen vorhanden sind, gründlich ab.

Der Nordwestischen Partei wurde aufgegeben, aus der bisherigen losen Organisationsform, die sich hauptsächlich auf die Gewerkschaften stützt, eine kommunistische Kampforganisation zu schaffen.

Auch die Differenzen in russischen Fragen innerhalb der deutschen Partei kamen auf dem Kongress zur Sprache. In der deutschen Fraktion behandelte eine linke Gruppe, welche die Diktatur in der Einheitsfrontkampagne bemängelte und behauptete, die kommunistische Partei habe nach dem Ratifizieren nicht ihr eigenes Gesicht gewahrt. Der Kongress stellte fest, daß es prinzipielle Gegenstände in der kommunistischen Partei nicht gäbe und daß eine rechte Gefahr nicht bestünde. Die kommunistische Partei in Deutschland sei eine der besten und festgefühtesten in der Internationale.

Auch die viel umstrittene Frage der Arbeiter-Regierung sei durch lange und gründliche Beratungen geklärt worden. Unter einer Arbeiter-Regierung verstehen wir Kommunisten keine sozialdemokratische oder halbsozialdemokratische Regierung, sondern eine Regierung, die sich auf die arbeitenden Massen und ihre Organe stützt. Genosse Delsner gab ferner in seinem Bericht ausgangswiese das Referat des Genossen Lenin über die Perspektiven der Weltrevolution wieder (da wir das Referat des Genossen Lenin bereits vor einigen Wochen veröffentlichten, brauchen wir auf diesen Teil des Berichtes des Genossen Delsner nicht näher einzugehen). Genosse Delsner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Lage für die soziale Revolution reif sei. Der Kapitalismus befinde sich überall im Zusammenbruch. Es fehle nur der subjektive Moment, nämlich eine starke, kampfbereite kommunistische Partei, welche die Revolution durchführe. Genosse Delsner forderte die Anwesenden auf, an dem Auf- und Ausbau der kommunistischen Partei zu arbeiten und dadurch zum Sturz der deutschen Bourgeoisie und ihres Königs Stines zu beitragen. Das Referat des Genossen Delsner fand lebhaften Beifall und nachhaltige Wirkung. Pöschel hat es dazu beigetragen, den Kampfeswillen der Parteimitglieder zu heben und sie mit Siegesgewißheit zu erfüllen. In der Diskussion wurden einige Genossen, die sich fernerseitig in der russischen Bewegung befanden hatten, und deren kommunistische geworden sind, einige wirtschaftspolitische Probleme auf die jeder insoweit der sehr vorgerückten Zeit nicht ausführlich behandelt werden konnten. Es wurde beschlossen, diese Probleme in der nächsten Mitglieder-versammlung ausführlicher zu behandeln. Die Beratungen werden einstimmig eine Resolution an, welche die Beschlüsse des 4. Kongresses billigt und die Mitglieder verpflichtet, in diesem Sinne tätig zu sein.

Genosse Kautz schloß die Beratsamung mit einem Appell, im neuen Jahre mit erhöhter Kräfte an die Parteiarbeit heranzugehen. Am Schluß der gutbesetzten und glänzenden verlaufenen Beratsamung wurde eine Deklamation veranstaltet, deren Ergebnis zur Deckung der Conto und für die Genossengelder in Sammelbüchern verwendet wurde.

Totales.

So sind sie alle!

Und wird geschrieben:
Der Kongress wurde im Anschluß an die letzte Tagesordnung ein Reststück der jungen Jahrestagung veranfaßt, in dem über die Angelegenheiten, die die Herren Prinzipale ihren Angehörigen aus dem Jahrestagungsbericht gaben, hinter gelagert wird. Monatsgehälter von 1500 bis 3000 Mark seien die Regel. Der Einzelner erpicht zum Schluß die Streikung der Deutschen um Lösung des Konflikts, wie dies möglich ist. Auch, den Einflüssen können wir auf Grund eines in derselben Tagesordnung angenommenen Interesses geben, daß wir zur Veranschaulichung, daß die Herren Prinzipale auch anders kommen müssen zu wollen, abstrahieren.

Note Kreuzschweizer

es gehen ganz, sofort oder 15. 12. zu 5 Monate alten gesunden Tieren ge-
hört. Der Schweizer sagt die Färg-
und die Jahnabhaltung der Ränge des
Kleines ab. Gehalt 7000 Mk. per Monat
jeine Station und Jahnabhaltung.
Jahrespaar mit 100 und Schenkung
an Frau des Erbschafts, 1000 Mk.
Gesamt 1. 1000. Rückzahlung 7.

Nicht daß wir der roten Kreuzschweizer das Einkommen miß-
billigen, aber bezeichnend ist es, für was und für wen die Kapi-
tallisten reichlichere Entschädigungen gewähren schon im Angebot.
Für die schaffenden Arbeitskräfte, die den bürgerlichen Progen ja
erst eine luxuriöse Lebenshaltung ermöglichen, hat diese Gesellschaft
nichts übrig. Gabelt es sich aber um ihr oder ihrer Angehörigen
persönliches Wohlergehen, dann ist das Beste nicht gut genug.
Ihre aber Proletarierfrauen, die ihr eure Kinder nur notdürftig in
Lumpen füttern können und die Blöße zu verdecken, seht, wie hier
für ein Kind der besthabenden Klasse gesorgt ist, das schon im Alter
von fünf Monaten einen derartigen Vorrat von Wäsche besitzt,
daß zu deren Instandhaltung eine Angestellte erforderlich ist.

Nieder-Salzbrunn.

Aus dem Gemeindeparlament. In der letzten Sitzung der
Gemeindevertretung kam es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen
zwischen den Arbeitervertretern und den Vertretern der bürgerlichen
Parteien wegen dem, dem Gemeindevorstand und die Mehrzahl der
Gemeindevertreter beabsichtigen und litigantentitel des „Neuen
Tageblattes“ vom 14. November. Die Bürgerlichen haben sich mit
diesem Schmäherartikel selbst eine moralische Ohrfeige gegeben. Der
Gemeindevorstand gab in diesem Zusammenhang die Höhe der
Kosten bekannt, die die Gemeinde jetzt für die Kinder der be-
stimmten Klasse aufbringen mußte, die die höheren Schulen in
Waldenburg besuchen, wenn die Gemeinde dem Zweckverband für
das höhere Schulwesen beigetreten wäre. Diese Kosten, die aus
den Taschen der Arbeiter und Arbeitervertreter hätten bezahlt
werden müssen, hat sich die Gemeinde, durch die Ablehnung des
Beitritts zu diesem Zweckverband erpart.

Die Bemühungen des Gemeindevorstandes, Gelände für die
Schaffung von Kleingärten durch die Gemeinde zu pachten, sind
gescheitert. Die städtische Verwaltung lehnte eine Ver-
pachtung unter den verschiedensten Gründen ab, ebenso lehnte
die Firma Ohem die Hergabe ihres Geländes an der Poststraße
ab. Eine vom Kreisausschuß herausgegebene Wohnungsordnung,
welche nur die allerschlimmsten gesundheitsgefährlichen Zustände
in den Wohnungen beseitigen soll, wurde angenommen und dem
Gemeindevorstand die Befugnis erteilt, sofort einzugreifen, wo es
notwendig erscheint. Auch hier zeigten sich die Bürgerlichen als
Vertreter der Geldadventisten, indem einige anführten, diese Ver-
ordnung sei zu scharf und für derartige Änderungen sei bei den
Hausbesitzern jetzt kein Geld vorhanden. Die bürgerlichen
Vertreter Herr Saitler und Herr Pfarrer Herde, münchlich, daß
die Annahme dieser Wohnungsordnung verlagert würde. (Arbeiter
und Mieter, merkt euch auch diese Stellungnahme dieser bürger-
lichen Gemeindevertreter.)

Ferner wurde der Ankauf von 2 Morgen Siedlungsgelände
zur Schaffung von Kleingärten von der Landgesellschaft beschlossen.
Der Kaufpreis beträgt pro Morgen 3000 Mark. Die Firma
Ohem hat an die Gemeinde das Ersuchen gestellt, eine Mauer
bei ihrem neuerbauten Hause an der Poststraße in die Straßen-
absperrung bauen zu dürfen. Dazu wurde von der Gemeindevor-
setzung beschlossen, der Firma Ohem die Erlaubnis solange zu
verweigern, bis dieselbe den an ihrem Fabrikgrundstück entlang
führenden Bürgersteig in Ordnung gebracht hat, denn der befindet
sich in einem derartigen schlechten Zustande, daß die Passanten
Gefahr laufen, die Knochen zu brechen. Zur Frage der Eingemein-
dung von Fürstentum und Liebichau nach Nieder-Salzbrunn
gibt der Gemeindevorstand bekannt, daß zu dieser, für die Ge-
meinde so wichtigen Frage der Kreisausschuß eine die Gemeinde
schädigende Stellung eingenommen habe, die man nicht verziehen
könne. Der Kreisausschuß hat, trotzdem sich der Landrat (ein
SPD-Mann) selbst für die Notwendigkeit der Eingemeindung
ausgesprochen hat und im Kreisausschuß die Sozialdemokraten
über eine Mehrheit verfügen, die Eingemeindung abgelehnt, ohne
die Gemeinde vorher zu fragen oder zu hören.

Die Gemeindevorsetzung beschloß, daß alle rückständigen
Steuern von 1921 ab 1. Juli d. Jahres mit demselben Zinsfuß
zu verzinsen sind, die die Gemeinde für Darlehen bei der Spar-
kasse zahlen muß. Mit Recht bemerke dazu ein Arbeitervertreter,
die Gemeinde solle durch den Vorkauf von höherer Zinsen von
den Steuerbürgern verlangen. Bei der Festsetzung der Grund-
und Gebäudesteuer konnte es sich der Ortsbürger Ratul nicht
verwehren, die Unmöglichkeit zu betonen, daß die Landwirte diese
erhöhte Grundsteuer zahlen könnten. Ebenso verwahrt sich dieser
bieder Landwirte gegen die Erhöhung der Fortbildungskosten
da auch diese die Landwirte nicht tragen könnten.

Die Gemeindevorsetzung bewilligte für die Kriegsinvaliden
und -hinterbliebenen in der Gemeinde die Summe von 50 000 Mk.
Dieses Geld soll nach der Bestimmung zur Verteilung kommen.
Ferner sollen an Sozialrenten und Ortsrente Geld und Naturalien
(besonders je 2 Jantar Kartoffeln) verteilt werden.

Vom Gemeindevorstand wurde Klage geführt, daß die von
der Gemeinde angelaufenen Kartoffeln ungenügenden Absatz finden.
Ferner möchten wir bemerken, daß es bei der heutigen teuren
Lebenshaltung und den unfaßlichen Löhnen der Arbeiterklasse eben
nicht mehr möglich ist, das Quantum von Kartoffeln zu kaufen.
Es dürfte im Interesse der Gemeinde und besonders im Interesse
der Arbeiter liegen, wenn die Kartoffeln von der Gemeinde an
Arbeiter billiger abgegeben würden.

Arbeiter, Schüler und Vertreter von Nieder-Salzbrunn, die
zweite Gemeindevorsetzung nach den Wahlen am 1. Oktober
hat auch wieder bemerkt, wie diese bürgerlichen Vertreter erneut
benutzt sind, sich von allen Seiten zu schützen, wie sie sich be-
mühen, um ihre kapitalistischen Interessen im Gemeindevorstand
zur Geltung zu bringen, vergräbt es ihnen nicht und gibt diesen
Herrschaften im nächsten Jahre, wo es wahrscheinlich zu Neu-
wahlen kommt, eine Antwort, die ihnen in den Ohren gellen soll.
Eine Parole muß sein: Fernaus aus dem Gemeindevorstand
mit diesen Geldadventisten und Steuerbürgern!

Landesrat.

Landesrat. Für die Landtagswähler Arbeiter wurden
gelammelt: von der Ortsgruppe der KPD 350 Mk., von den
Kassierern und Hilfsarbeitern 200, von den Dachdeckern 600.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Jule mit. 100. 100. 100. 100. 100. 100. 100. 100. 100. 100.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

KPD | Bezirksleitung: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Kassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493. |
Hilfskassier: Frau A. Hoff, Siedl. Wilsdorf, 493.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Partie Nr. 16.

Abgelehntes Damengambit.

Nachstehende Partie wurde im Hauptturnier zu Wilmchen 1911 ge-
spielt und mit dem ersten Schönheitspreis bedacht.

Weiß: Dr. Hartlaub. Schwarz: Dr. Genary.

- | | | | |
|------------|-----------|----------------|-----------|
| 1. d3-d4 | d7-d5 | 11. Sf3-g5(?) | g7-g6(?) |
| 2. c2-c4 | e7-e6 | 12. (1-0-0!) | Dd8-e7 |
| 3. Sg1-f3 | c7-c5 | 13. Td1 x d6!) | h7-h6 |
| 4. e2-e3 | Sb8-c6 | 14. h2-h1! | h6 x g5 |
| 5. Sb1-c3 | Sg8-f6 | 15. h4 x g5 | Sf6-h5 |
| 6. a2-a3 | Lf8-c6 | 16. Th1 x h5!) | g6 x h5 |
| 7. d4 x c5 | Ld8 x c5 | 17. Sc8-d5!) | e6 x d5?) |
| 8. b2-b4 | Lc5-d6 | 18. Td6-g5+ | f7 x g6 |
| 9. Lc1-b2 | 0-0 | 19. Dc2 x g6+ | De7-g7 |
| 10. Dd1-c2 | d5 x c4!) | 20. Dg6 x g7=) | |

1) Dieser Zug sieht nicht schlecht aus, legt aber in Wirklichkeit den Grundstein zum Verlust der Partie. Wenn Weiß den Bauern mit Lc4 x f3 schlägt, erhält Schwarz durch Se5 ein gutes Spiel. Die geistreiche Fortsetzung des Anziehenden ist sehr beachtenswert.

2) Weiß droht jetzt 12. Sc3-d5 nebst 13. S x f3+ und 14. Dh7= zu spielen. Auf 12. Sc3 darf e6 x d5 nicht gegeben, weil 13. L x f6 die Dame gewinnen würde, da der Käufer wegen des auf h7 drohenden Matts nicht gewonnen werden darf.

3) Das ist wohl der beste Zug, aber eine genügende Verteidigung ist es nicht.

4) Eine tückische Stellung. Durch 13. Se4 droht der Käufer d6 verloren zu geben.

5) Jetzt folgt eine Reihe glänzender Wendungen, die geradezu verblüffend wirken. Auf jeden Verteidigungszug des Schwarzen folgt ein neues Opfer. Die Spielmann nachweist, daß die Dame den Turm nicht nehmen, da der Angriff übermächtig wird. Es gibt folgende Fortsetzung: 13... D x d6, 14. Se4 S x e4, 15. S x e4 Dp8, 16. Lf8 Dc7, 17. h4 e5, 18. h5 Lf5, 19. h x g6 f x g6, 20. L x c4+, Tt7, 21. Sg5 L x c2, 22. T x h7 nebst Th8= oder 10... L x g6, 20. Dc2 L x e4, 21. Dg4 Lg6, 22. T x h7 und gewinnt. Schwarz will also erst den Springer vertreiben.

6) Von zwingender Wirkung. 16... D x d6, 17. Se4 usw.

7) Um Sf6+ und Dh7= folgen lassen.

8) Jetzt kündigt Weiß Matt in drei Zügen an.

9) Gleich darauf zeigte der Anziehende eine zweite noch hübschere Mattführung durch 18. Dc2-h7+ Kg8 x h7, 19. Td6-h6+ Kh7-g8, 20. Th6-g6 matt. - Eine Partie von seltener Schönheit.

Alle Anfragen sind zu richten an

Oskar Lorenz, Albrechtsstr. 18.

Schachnachrichten.

Die am 29. v. Mts. in Hermsdorf stattgefundenen Bezirks-
kämpfe begannen pünktlich 9.30 Uhr in der Friedenshoffnung.
Die Auslosung ergab, daß zuerst Kiegnig gegen Nieder-Hermsdorf
spielen mußte. Kiegnig konnte diesen Kampf mit 6:4 Punkten für
sich entscheiden. Nach der Mittagspause spielte Kiegnig gegen
Breslau. In diesem Kampf legte Breslau mit 8 1/2: 1 1/2 Punkten.
Gegen Nieder-Hermsdorf gewann Breslau mit 8 1/2: 1 1/2 Punkten.
Die Vereinsmeister spielten um die Einzelspielererschaft des
1. Bezirks, während die Mannschaften die Bezirksmeisterschaften
ausfochten.

Bezirksmeister ist Schacht, Zuchler, Kiegnig, gewonnen und der
Breslauer Verein hat die Bezirksmeisterschaft des 1. Bezirks.

Die Bezirksleitung.

Die Abteilung „Süd-West“ spielt fortan jeden Donnerstag
6 1/2 Uhr Louisestraße 1, 1. Etage rechts.

„West“ Pöpelwitzstraße 26 bei Bauer jeden Freitag 7 Uhr.

Proletarier lies!

Nur durch die Vertiefung Deines
Wissens kann die geistige Diktatur
des Kapitals gebrochen werden.

Die Produktiv-Genossenschaft für
die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.

Nikolaistraße 49/50 Breslau Abtl. Buchhandlung

hat ein reichhaltiges Lager aller ein-
schlagigen proletarischen Literatur-
aufzuweisen.

Gas, Wasser und elektrischen Strom.

Die Lieferungsbedingungen erhalten folgenden Nachtrag:
Die Gebühr für die Eingiehung eines rüchständigen Rechnungsbetragtes wird auf 30 Mark für jeden Eingiehungsvorschlag erhöht.
Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.
Städtische Betriebsdeputation.

Die Angehörigen der rüdtisch. Gas-,
Wasser- und Elektrizitätswerke er-
halten für das Kalenderjahr 1923 Anzei-
karten von bekröter Jahrb.
Städtische Betriebsdeputation.

2 Zeitungs-Kolporteurs

für Freiburg und Pölsaltz
für die Schlesisch. Arbeiter-Zeitung
gesucht. Zu melden bei Richard
Kruscho, Freiburg, Bubenu Nr. 4.

Lelet und verbreitet die
Schles. Arbeiter-Zeitung!

Achtung!
Wo
kaut man neue
und gebrauchte
Möbel
sowie ganz an-
nehmliche Ein-
richtungen an-
nehmen und
verarbeiten
bei H. Klinge
Krausstr. 12. I.